

KGW's Rundschreiben

24.02.2015
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Nur ca. 1,5 Flugstunden benötigt man, um in das Krisengebiet in der Ukraine (Donezk) zu kommen. Der Krieg veranlasste die Kicker von Schachtjor, für das Spiel gegen den FC Bayern München in das erst 2012 gebaute Stadion in Lwiw (das ehemalige habsburgische Lemberg) umzuziehen. Lwiw liegt im Westen der Ukraine in der Nähe der Grenze zu Polen, etwa 1.000 km von Donezk entfernt. Man war bereits pleite, aber die Spiele in der Champions League haben die Betreiber in Lwiw aus den roten Zahlen geführt. Der vom Stahlmagnaten Rinat Achmetow zusammengekauften Mannschaft legte man im Gaststadion sicherlich keinen roten Teppich aus, aber Geld stinkt bekanntlich nicht. Genauso sieht es der Janukowitsch-Günstling, der heute als reichster Mann der Ukraine gilt. Die Gegner des Oligarchen Achmetow sägen zwar kräftig an seinem Stuhl, konnten sich bisher aber noch nicht durchsetzen. Dringend wäre eine Liberalisierung der ukrainischen Märkte nötig. Die Bürokratie müsste abgebaut und der Mittelstand gefördert werden. Soeben betreibt die Türkei ein Anti-Dumping-Verfahren gegen ukrainischen Stahl. Die Türkei ist der wichtigste Absatzmarkt der Ukraine. Im Augenblick sucht man vergeblich nach einem Frieden in der Volksrepublik. Deshalb ist es auch fraglich, ob Achmetow auf Sicht die immensen Spielergelöhner der Fußballprofis bezahlen kann. Leider hatten die Bemühungen der deutschen Bundeskanzlerin und des französischen Präsidenten, den militärischen Konflikt zwischen der Ukraine und prorussischen Rebellen politisch zu lösen, nicht den erhofften Erfolg. Es muss aber Priorität Nummer 1 bleiben, daran intensiv weiter zu arbeiten. Die ukrainische Wirtschaft ist 2014 um ca. 7% geschrumpft. Gelingt es nicht, den aufgeblähten Verwaltungsapparat zu bändigen, werden die Investoren auch künftig weg bleiben und es wird keinen Kurs Richtung EU geben.

Nach der Geburt der Eurozone hatte man die Geburtsfehler schnell erkannt. Eine gemeinsame Währung reicht nicht, um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte auszugleichen. Es bedarf künftig riesiger politischer Anstrengungen, um sich die Einheit zu verdienen, die man sich vorgestellt hat. Bisher wurde noch kein Rezept gefunden, die verschiedenartigen Wertschöpfungen der nord- und südeuropäischen Länder anzugleichen. Wenn man die Arbeitskraft in der EU als gesamtes sieht, ist man in Relation zu den Vereinigten Staaten zweimal so teuer. Ein dringendes Erfordernis ist also, die aufgestellten bürokratischen Hürden einzureißen, um junge Unternehmen mit Ideen zu fördern. Ausschließlich Wachstum verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen bringt uns weiter. Die EZB hat die Geldpolitik gelockert, was nicht jedoch nicht auf breiter Front Zustimmung findet. Das Ziel muss es sein, dass sich jedes Land unabhängig von den anderen erfolgreich entwickeln kann. Fehlende Strukturreformen zeigen Divergenzen auf, die das Schreckgespenst des Austritts schwacher Mitgliedsländer aus der EU auf den Plan ruft. Das aktuell stark infizierte Griechenland muss deshalb so abgeschirmt sein, dass sich kein Ansteckungseffekt für andere Länder ergibt.

In unserer Information vom 23.06.2011 schrieben wir folgendes:

Sicherlich kann man den „kleinen Mann“ nicht für etwas verantwortlich machen, was Regierungen versaubert haben. Das Beispiel Griechenland zeigt, dass man jahrelang über seine Verhältnisse gelebt hat. Steuerhinterziehungen, Korruption, ein aufgeblähter Beamtenapparat und der Umschlag mit dem Bargeld (Fakelaki) hat zu der aktuellen Situation geführt. In der Bevölkerung werden die laufenden Steuererhöhungen abgelehnt und man verweist darauf, Nachzahlungen von den Millionären und Milliardären zu holen. Die allerdings zeigen sich steuerungszahlungsresistent und versuchen ihr Geld in Nicht-Euro-Länder (England, Schweiz) zu bringen. Sparwillen muss die griechische Regierung zeigen, denn sonst gibt es im nächsten Monat keine neue Euro-Spritze. Es heißt zwar im gültigen EU-Vertrag § 125: „Die Union haftet nicht für Verbindlichkeiten der Zentralregierungen ... und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein.“ Fließt allerdings im Juli die Zahlung nicht, wäre die Zahlungsunfähigkeit (default) da, was ein Zusammenbrechen der Banken, Kapitalflucht, Hyperinflation, Arbeitslosigkeit und Armut zur Folge hätte. Wenn diese Zahlung im nächsten Monat dazu führen würde, dass Griechenland noch einmal den Kopf aus der Schlinge zieht, bleibt allerdings eine Antwort auf die Frage offen, wie man das sich auftuende Loch von 25 Milliarden im Herbst schließen will. Wird es dann wieder einen Rechtsbruch zum Wohle Europas geben?

Bis heute hat sich in Griechenland nicht viel geändert bis auf die Tatsache, dass der frei gewählte Links-Premier Alexis Tsipras und sein Finanzminister Yanis Varoufakis ihre Wahlversprechen gegenüber den anderen europäischen Ländern durchsetzen müssen. Aus diesem Lager gab es bisher viel Säbelrasseln, Drohgebärden und Erpressungsversuche. Eines haben sie allerdings damit erreicht, nämlich einen Keil zwischen die Geberländer zu treiben. Das geht sogar so weit, dass Minister Gabriel Minister Schäuble für seine „harte Haltung“ gegenüber den Griechen kritisiert. Aber Gott sei Dank steht Schäuble nicht alleine da. Griechenland hat ca. 315 Milliarden Euro Schulden. Den größten Teil davon bei den Euroländern über den Rettungsschirm ESF, bei der EZB sowie dem EWF. Der Anteil der Deutschen liegt bei ca. 54 Milliarden Euro aus den unterschiedlichen Hilfspaketen. Ein Schuldenschnitt ist dem IWF und der EZB per Satzung verboten, da das einer direkten Staatsfinanzierung gleich käme.

Aktuell drücken Athen die Schulden bei den europäischen Partnern nicht, da zum einen der Zinssatz bei einem halben Prozent liegt und die erste Tilgung erst im Jahre 2020 erfolgen muss. Die ersten Rückzahlungen für das zweite Hilfspaket beginnen gar erst 2023 (bis dahin zinslos). Was Griechenland aber drückt, sind Anleihen der EZB, die im Sommer fällig werden. Werden diese nicht zurück bezahlt, muss Griechenland Insolvenz anmelden. Ende diesen Monats läuft das Hilfsprogramm der Europäer aus. Die Grenze der T-Bills, welche die EZB bei 15 Milliarden gesetzt hat, wurde von Athen schon längst erreicht und eine geforderte Erhöhung auf 25 Milliarden Euro bisher abgelehnt. T-Bills sind kurzfristige Anleihen, die griechische Banken ihrem Staat abkaufen (das ist nur so lange möglich, wie frisches Zentralbankgeld getauscht werden kann). Eine wichtige Bedingung für den Kauf von T-Bills ist, dass Griechenland unter dem Rettungsschirm verbleibt. Dreht die EZB den griechischen Banken den Geldhahn zu, wird es dunkel im Lande. Die reichen Griechen haben ihr Geld sicherlich schon außer Landes gebracht. Derzeit versuchen die Privatkunden in Griechenland, ihre Konten zu räumen (geschätzt täglich zwischen 300 und 500 Millionen Euro). Wenn man aber der Schuldenfalle entkommen will, muss man an Strukturen arbeiten, ein funktionierendes Steuersystem aufbauen, den Justiz-Apparat auf europäisches Niveau bringen, die Tourismusbranche verbessern, in Bildung investieren und damit modernisieren, eine glaubwürdige Haushaltspolitik darstellen und einen machbaren Plan zur Schuldenreduzierung vorlegen. Jeder Grieche sollte nach der K.O.-Niederlage in der vergangenen Woche erkannt haben, dass nicht lautes Geschrei hilft, sondern man nach wie vor in Brüssel und Berlin das Sagen hat.

Wir Deutschen sollten wiederum erkennen, dass wir hier nicht auf einer Insel der Glückseligen sitzen und aufhören zu glauben, dass alles, was um uns herum passiert, uns nichts angeht. Die Zeiten sind zu unruhig, so dass wir uns nicht naiv als Daydreamer zurücklehnen können. Die Münchener Sicherheitskonferenz hat die Unordnung aufgezeigt. Europa, China, USA, Russland und Afrika gehen nicht aufeinander zu, sondern entfernen sich. Können wir denn ernsthaft glauben, dass die Verdopplung der Bevölkerung in Afrika (heute 1 Milliarde, 2050 ca. 2 Milliarden) keine Auswirkungen auf Europa haben wird?! Wenn wir uns nicht um die heranwachsende Bevölkerung kümmern, tun es die Mitglieder des IS oder anderer terroristischer Vereinigungen.

Die deutsche Automobilindustrie ist stark exportabhängig. Wie werden die Manager wohl reagieren, wenn man die Einfuhr deutscher Autos in China verbietet, mit der Begründung: unsere Luft soll besser werden. Es gäbe eine Menge anderer Beispiele, die es verdient hätten, den Europäern und uns Deutschen die Augen zu öffnen, um die richtige Marschrichtung für die Zukunft zu erkennen. Globale Partnerschaft baut Krisen ab, Pflege der Beziehungen lässt erst gar keine weiteren entstehen.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wenn wir sagen, dass sich am Markt nichts bewegt, dann kann das auf der einen Seite positiv sein, weil es nicht abwärts geht. Leider geht es auf der anderen Seite aber auch nicht aufwärts. In der Edelstahlindustrie wartet man auf den Ausgang des Anti-Dumping-Verfahrens, welches die EU gegen China eingeleitet hat. Man hofft auf ein Ergebnis bis ca. 20.03.2015. Die EU hat dieses Verfahren eingeleitet, weil man nachweisen will, dass Europas Hersteller Überkapazitäten abgebaut haben, gleichzeitig allerdings China Kapazitäten aufgebaut und damit den europäischen Markt überflutet hat. Chinesische und taiwanesishe Exporte in die EU haben einen Marktanteil von über 15%. Dumping heißt, dass ein Material zu unfair niedrigen Preisen angeboten wird, um somit die Konkurrenz auszustechen. Da nach Einschätzung der EU China keine Marktwirtschaft hat, müssen künstlich faire Preise errechnet werden, um sie mit dem tatsächlichen Preis zu vergleichen. Sollte man nachweisen, dass die europäische Stahlindustrie unter dem Dumping leidet, kann die EU Gegenmaßnahmen treffen, also Schutzzölle erheben. Wir wollen der Entwicklung nicht vorgehen, aber sind die festen Überzeugung, dass Fernostersteller schon heute über Gegenmaßnahmen diskutieren.

Seit Januar diesen Jahres gibt es eine Aufzeichnungs- und Meldepflicht für Importe von Edelstahl Rostfrei aus China und Taiwan.

Die Rohstoffmärkte

Im Rhythmus von 3 Monaten befragt die Nachrichtenagentur Reuters Rohstoffanalysten. So unter anderem auch zur Nickelentwicklung. Ende Januar hat man sich ganz weit aus dem Fenster gelehnt und Durchschnittspreise für die nächsten 2 Jahre ausgesagt. Für dieses Jahr erwartet man durchschnittlich 17.600 US-\$ / mt. Für 2016 werden über 21.050 US-\$ / mt erwartet, was wir als nicht solide Prognose einstufen. Was man allerdings daraus erkennen kann ist, dass die Analysten ausgehend von der heutigen Situation einen Trend nach oben erkennen. Es gibt sogar Stimmen, die ein Nickeldefizit (Nachfrage übersteigt das Angebot) für dieses Jahr voraus sagen. Wir halten das bei einem Nickelbestand von ca. 425.000 to an der LME für eine abenteuerliche Analyse.

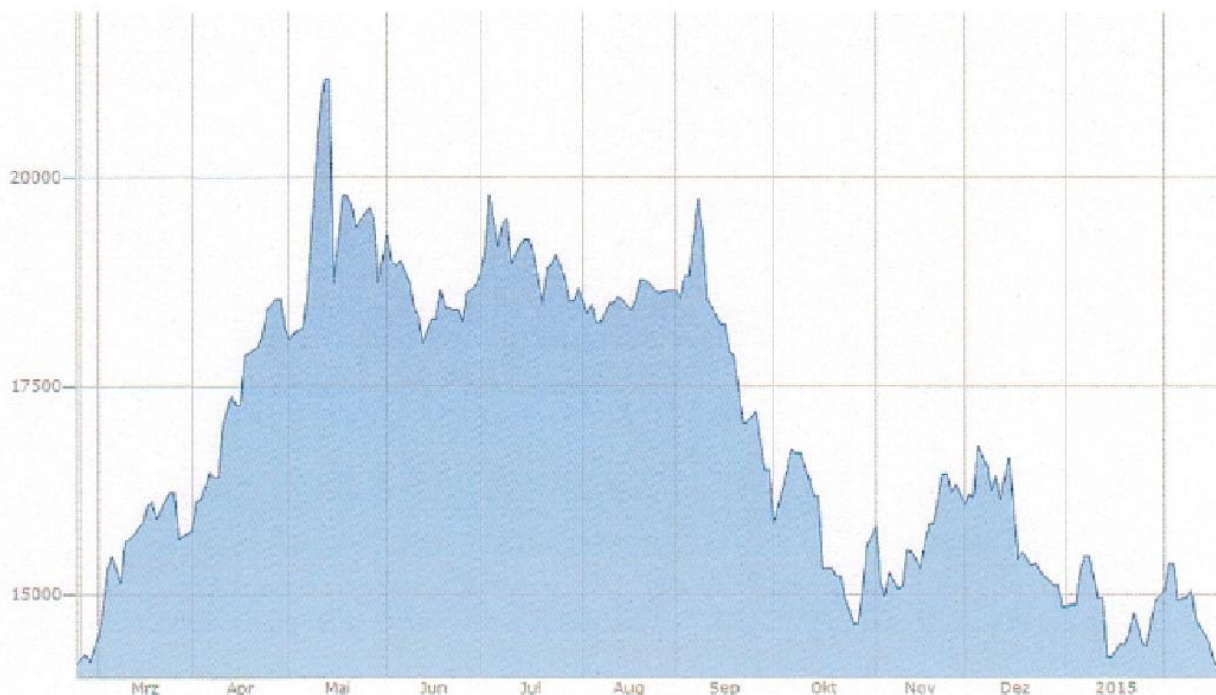
Wenn man Chrom und Molybdän im Schlepptau des Nickels sieht, kann man auch hier keine wesentlichen Änderungen erkennen.

In unserer nächsten Information (Ende März) legen wir Ihnen Daten über veränderte Marktpreise vor.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich, Stand 23.02.2015

| Datum | Devisenkurs € / US-\$ | Kassapreis Nickel (LME) | 3 Monats-Preis Nickel (LME) | Nickel-Bestand LME | dt. Kassapreis Nickel €/100 kg | dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg |
|------------|--------------------------|----------------------------|--------------------------------|-----------------------|-----------------------------------|-------------------------------------|
| 02.01.2015 | 1.191 | 14.880 | 15.000 | 414.900 | 1.237 | 1.746 |
| 02.02.2015 | 1.133 | 15.050 | 15.125 | 424.974 | 1.332 | 1.726 |
| 23.02.2015 | 1.134 | 13.915 | 13.980 | 424.932 | 1.233 | 1.467 |

Nickelkursentwicklung der letzten 12 Monate in US-\$, Quelle: finanzen.net



Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

| W-Nr. | Tiefste LZ 2014 €/to | Höchste LZ 2014 €/to | Jan 2015 €/to | Feb 2015 €/to | Mrz 2015 €/to | Apr 2015 €/to | Mai 2015 €/to | Jun 2015 €/to | Juli 2015 €/to | Aug 2015 €/to | Sep 2015 €/to | Okt 2015 €/to | Nov 2015 €/to | Dez 2015 €/to |
|----------|----------------------------|----------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 4016 | 04/14 - 406 | 10/14 - 473 | 439 | 455 | 458 | | | | | | | | | |
| 4113 | 04/14 - 534 | 10/14 - 661 | 575 | 598 | 596 | | | | | | | | | |
| 4301 | 01/14 - 997 | 10/14 - 1.444 | 1.327 | 1.292 | 1.324 | | | | | | | | | |
| 4310 *) | 01/14 - 934 | 10/14 - 1.337 | 1.229 | 1.200 | 1.229 | | | | | | | | | |
| 4310Mo*) | 01/14 - 999 | 10/14 - 1.433 | 1.289 | 1.267 | 1.291 | | | | | | | | | |
| 4404 | 01/14 - 1.476 | 10/14 - 2.190 | 1.928 | 1.891 | 1.923 | | | | | | | | | |
| 4521 | 04/14 - 732 | 10/14 - 922 | 782 | 811 | 805 | | | | | | | | | |
| 4539 | 01/14 - 2.661 | 10/14 - 4.089 | 3.588 | 3.492 | 3.556 | | | | | | | | | |
| 4571 | 01/14 - 1.496 | 10/14 - 2.225 | 1.959 | 1.921 | 1.955 | | | | | | | | | |

Edelstahlschrott

| W-Nr. | höchst 2014 €/to | tiefst 2014 €/to | Jan 2015 €/to | Feb 2015 €/to | Mrz 2015 €/to | Apr 2015 €/to | Mai 2015 €/to | Jun 2015 €/to | Juli 2015 €/to | Aug 2015 €/to | Sep 2015 €/to | Okt 2015 €/to | Nov 2015 €/to | Dez 2015 €/to |
|--|------------------------|------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016 | Apr. 400 | Dez. 330 | 330 | 360 | | | | | | | | | | |
| Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301 | Mai 1.350 | Dez. 1.050 | 1.080 | 1.050 | | | | | | | | | | |
| Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571 | Mai 1.760 | Dez. 1.490 | 1.500 | 1.530 | | | | | | | | | | |

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team